

# 119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39

## Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

**Drs.: A2302/12**

Ja  
Nein  
Enthaltungen

Angenommen  
Ja  
Nein  
Überwiesen

## Das Zuhause nicht zur Falle werden lassen – Häusliche Gewalt wirksam bekämpfen!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Das Thema häusliche Gewalt ist in Deutschland gleichbleibend aktuell. Fast alle zwei Minuten wird in Deutschland ein Mensch Opfer von häuslicher Gewalt, die Tendenz der Zahlen steigt. Die Opfer sind überwiegend Frauen, in Familienkonstellationen sind jedoch Kinder am häufigsten betroffen.

Die FDP Hamburg sieht es als Aufgabe der Politik, diesem Trend entgegenzuwirken. Wir wollen dabei auf bessere Angebote für Betroffene und besonders schützenswerte Gruppen setzen; diese müssen zielgerichtet und niedrigschwellig sein. Gleichzeitig soll es auch um Prävention und Sensibilisierung gehen. Wir sehen die Lösung in breit aufgestellten Konzepten.

Frauenhäuser sind entscheidende Zufluchtsorte für die Opfer von häuslicher Gewalt. Dennoch gibt es in ganz Hamburg nur sechs Frauenhäuser mit insgesamt 244 Plätzen. Im Jahr 2022 waren diese im Schnitt zu 95% ausgelastet. Gleichzeitig kehren viele Frauen nach dem Aufsuchen der Einrichtungen in die prekären Lebenssituationen zurück, im Schnitt bis zu sieben Mal. Diese Zahlen sind alarmierend! Die Freien Demokraten Hamburg fordern daher

- eine Ausweitung der Anlaufstellen und Kapazitäten für Frauenhäuser in Hamburg. Besonders ist dabei darauf Rücksicht zu nehmen, dass viele Frauen mit Kindern in die Einrichtungen kommen. Hierbei sollen auch möglichst Investitionen des Bundes abgerufen werden. Neben der Koordination zwischen Einrichtungen sollen auch in das landesweite Netz die Justiz, externe Beratungsstellen, Ämtern und den zuständigen Stellen in der Politik eingebunden werden.

- 40 Wie im Raum Stuttgart soll auch ein Krisennotfallteam für Soforthilfen bereit-  
41 stehen.
- 42 • langfristig einen Ausbau zu einem Interventionszentrum nach dem Beispiel  
43 Landau. Hierbei soll es auch eine Erstberatungsstelle geben, die eine Erstein-  
44 schätzung zur Lage und nötigen Maßnahmen abgeben kann.
  - 45 • eine bundesweite Koordinierung aller Bundesländer und der Entwicklung einer  
46 Strategie für die Aufstockung von Angeboten und eine – falls nötig – länder-  
47 übergreifende Verteilung von Schutzsuchenden. Diese soll sowohl bei zu ho-  
48 cher Auslastung als auch dann greifen, wenn eine Frau möglichst viel Abstand  
49 zu ihrem Wohnsitz erlangen will.
  - 50 • eine regelmäßige Dunkelzifferstudie in Deutschland zu häuslicher Gewalt.  
51 Dass nach 20 Jahren zum ersten Mal wieder eine solche Studie erhoben wer-  
52 den soll, begrüßen wir. In Zukunft darf ein solches Dunkelfeld allerdings nicht  
53 erneut entstehen; daher muss alle fünf Jahre eine neue Erhebung erstellt wer-  
54 den.
  - 55 • ein Update des Konzepts des Frauenhauses. Der Aufenthalt soll dabei in drei  
56 Phasen unterteilt werden.
    - 57 ○ In einer ersten Auffangphase sollen die Betroffenen wie bisher psycholo-  
58 gisch betreut werden. Mit Sozialarbeitern, Psychologen und ggf. an-  
59 deren Betroffenen soll eine bestmögliche Betreuung in der ersten Zeit  
60 sichergestellt werden. Die besonderen Bedürfnisse der Betroffenen,  
61 wie beispielsweise vorhandene Kinder, müssen eng berücksichtigt wer-  
62 den. Es soll den Opfern häuslicher Gewalt dabei eine größtmögliche  
63 Betreuung vor Ort in der Einrichtung zukommen.
    - 64 ○ In der zweiten Stabilisierungsphase soll der Übergang in eine eigene  
65 Wohneinheit wieder ermöglicht werden. Das Eintreten in die zweite  
66 Phase erfolgt nach Rücksprache der Betroffenen mit den Experten. Es  
67 soll dabei freigestellt werden, ob eine Wohnung oder WG bevorzugt ge-  
68 sucht wird. Auch wenn der Fokus weiterhin auf psychologischer Unter-  
69 stützung liegt, soll auch bei der Vermittlung von Jobs und Ausbildungs-  
70 plätzen unterstützt werden, um die Betroffenen langsam, aber sicher  
71 von Abhängigkeiten zu befreien und in einen geregelten Alltag zurück-  
72 zuführen. Zu diesem Punkt beitragen sollen im selben Schritt stufen-  
73 weise ansteigende Mieten. Die Wohnungen sollen speziell ausgewählt  
74 und mit einem Schutzkonzept versehen werden. Sie sind – genau wie  
75 die Adressen der Frauenhäuser – geheim zu halten, entsprechende  
76 Partner in Bezug auf die Wohnungsgeber müssen sorgsam gesucht  
77 und ausgewählt werden.
    - 78 ○ In der dritten Phase, der Entlassungsphase, kehren die Frauen immer  
79 mehr zu einem selbstbestimmten Leben außerhalb der Einrichtung zu-  
80 rück. Die Schutzmaßnahmen können – Schritt für Schritt und an den  
81 Fortschritt der Betroffenen angepasst – aufgehoben werden. Die  
82 Psychologen und die Sozialarbeiter der Einrichtung bieten weiterhin  
83 ihre Hilfe an, Hausbesuche sollen auch weiterhin durchgeführt werden.  
84 Die Abstände dieser sollen bedarfsgerecht größer werden und mit ei-  
85 nem letzten Beratungsgespräch auslaufen.

- 86 • die Aufstockung des Angebotes an Einrichtungen für Männer, sowohl bei Be-  
87 ratungsstellen als auch bei Männerhäusern. Für diese oft unterschätzte Proble-  
88 matik sollen außerdem weitere Sensibilisierungsangebote geschaffen werden.
- 89 • die Evaluation des Bedarfes für weitere Gruppen, Einrichtungen zur Verfü-  
90 gung zu stellen. Hierzu zählen beispielsweise Personen aus der LGBTQ-Com-  
91 munity.
- 92 • die Wohnungen und Wohngemeinschaften, die für Betroffene zur Verfügung  
93 gestellt werden, müssen ausgebaut werden. Zukünftig soll jedes Bundesland  
94 pro 5000 Einwohner einen solchen Platz zur Verfügung stellen. Ist dies bis  
95 2026 nicht geschehen, soll jedes Land dazu verpflichtet werden ein Sofortpro-  
96 gramm zur Aufstockung der family spaces vorzulegen.
- 97 • dass die psychologische Täterarbeit gestärkt wird. Nicht nur die Beratungsan-  
98 gebote generell müssen für Täter gestärkt, sondern auch entsprechende Prä-  
99 vention ausgebaut werden.
- 100 • Verschärfungen von entsprechende Rechtsakten zum Schutz von Opfern. Zu-  
101 künftig soll spätestens dann jeder Täter, der aufgrund der Gewalttätigkeit ei-  
102 nen Platzverweis der Polizei aus seiner Wohnung bekommt, verpflichtend an  
103 einem Programm zur Aggressionskontrolle teilnehmen müssen.

104

105

106 **Begründung:**

107

108 Erfolgt mündlich.